



## Gep plante Kürzung der Mittel für den öffentlichen Nahverkehr

### Region Südhessen, 04.06.2006

Die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Mittel für den öffentlichen Nahverkehr wird von **PRO BAHN** Starkenburg entschieden abgelehnt. Es handelt sich bei dieser Kürzung nicht um „Peanuts“: Fast jeder Benutzer von Bus und Bahn würde die beträchtlichen Auswirkungen zu spüren bekommen. Sei es dass der dringend benötigte Zug einfach nicht mehr fährt oder der Preis sprunghaft ins Unbezahlbare ansteigt, sei es dass der Zustand der Gleise den Fahrplan zum Vabanque-Spiel verkommen lässt oder der Mangel an Aufsichtspersonal das Angstgefühl schürt - die vielen erfreulichen Fortschritte der letzten Zeit sind komplett gefährdet. Und damit ist auch der gänzliche Verkehrsinfarkt vorhersehbar, man stelle sich vor, alle Berufspendler würden Auto fahren.

Auch diese Kürzung würde die sozial Schwächeren überproportional treffen; es gibt durchaus mehr Haushalte ohne Auto, als vielerorts angenommen wird. Die Umwelt würde verstärkt zerstört, die Luftbelastung und Lärmschäden würden exorbitant steigen, Wohnwerte abnehmen. Ein Zusammenbruch des öffentlichen Nahverkehrs wäre wahrscheinlich, und damit das gesamte Wirtschaftsleben in allen Bereichen akut gefährdet.



Auch die Wirtschaftsministerkonferenz der Bundesländer warnt, durch die Kürzungspläne drohe "ein klarer Rückschritt mit der Folge von drastischen Angebotseinschränkungen, eventuellen Streckenstilllegungen und damit einer Abwärtsspirale" im öffentlichen Nahverkehr und bittet die Bundesregierung "unverzüglich in Verhandlungen mit den Ländern über die zukünftige Höhe der Regionalisierungsmittel einzutreten". Selbst die Automobil-Lobby hat eingesehen, dass ein Miteinander der verschiedenen Verkehrsarten nötig ist. Die Bundesregierung dagegen folgt zur Zeit der Stammtischlogik des „Koch-Steinbrück-Papiers“, ungeachtet der Tatsache, dass beide Politiker als Ministerpräsidenten sich in Finanzangelegenheiten erfolglos zeigten und zeigen. Die Folgekosten dieser Kürzungen wären jedenfalls - auch für den Bund - unverträglich.

Der Deutsche Bundestag hat die Kürzungen am 12. Mai 2006 in vollem Umfang beschlossen. Es besteht die Hoffnung, dass die Ministerpräsidenten im Bundesrat bei seiner nächsten Sitzung Mitte Juni 2006 den Kürzungsplänen im Haushaltsbegleitgesetz nicht zustimmen werden, wie aus dem Kabinett des Landes Rheinland-Pfalz unter Kurt Beck verlautete.

**PRO BAHN** fordert die komplette Rücknahme der geplanten Kürzungen und eine Abkehr der reichlich konzeptionslosen Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte mit ihrem häufigen Ministerwechsel, sowie ein verbesserter Wettbewerb auf der Schiene. **PRO BAHN** appelliert an alle Bus- und Bahnutzer, auf ihre Bundestagsabgeordneten entsprechend einzuwirken. Kommunen und Kreisbehörden müssen zusätzlich Protest gegen diesen erneuten Kahlschlag ihrer Mittel einlegen. **PRO BAHN** hält diese Frage für einen definitiven Gradmesser für politische Vernunft. Sie geht jeden Bürger an.